

## „Ohne ver.di würde es den Mindestlohn nicht geben“



Andrea Kocsis, ver.di-Vorstandsmitglied und zuständig für den Bereich Seniorenpolitik, nahm an der Sitzung des BSA teil, um über die abgeschlossene Baustelle Mindestlohn zu sprechen und gleichzeitig über die noch anstehenden zu informieren.

„Ohne ver.di würde es den Mindestlohn nicht geben“, betonte sie. Es war ein zäher, Jahre langer Kampf, der nunmehr beendet ist und in den Medien durchaus als historisch bezeichnet wurde. Und diese Errungenschaft ist das Verdienst von ver.di. Das Verdienst der Mitglieder, die unermüdlich auf die Straße gingen, um sich immer wieder für die Einführung einzusetzen.

## TTIP



Das Transatlantische Investitions- und Handelsabkommen (TTIP) zwischen USA und der EU beunru-

higt. ver.di befürchtet die nämlich die Aushöhlung des Rechtssystems und der demokratischen Strukturen sowie gravierende Einschnitte in soziale Errungenschaften. Die Verhandlungen sind geheim, die öffentlichen Versprechungen groß.

Mit diesem weltweit größten Handelsabkommen, so prophezeien Medien und Politik, würden sich Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze mehren. Von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Millionenhöhe ist die Rede. Wieder einmal. Das heißt aber auch, dass die gebeutelten Südländer und die aufstrebenden Ostländer natürlich für ein solches Abkommen sind und die Fallstricke nicht auf Anhieb sehen. Um aber wirkungsvoll und überzeugend dagegenhalten zu können, ist ein breites Bündnis mit europäischen Gewerkschaften nötig. Hier einen gemeinsamen Weg und Konsens zu finden, bedarf es weiterer Gespräche, betonte Andrea Kocsis. ver.di prüfe derzeit den Weg, der beschritten werden kann. Fakt aber ist, dass die Gewerkschaften nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. Und Fakt ist es ebenso, dass die Gespräche hinter geschlossenen Türen stattfinden. Hier müssen dicke Bretter gebohrt werden, wie es umgangssprachlich so schön heißt.

Wie es weiter geht, wird auf den ver.di-Intert-Senioren-Seiten aktuell veröffentlicht.

## Fracking

Noch in diesem Jahr will Wirtschaftsminister Gabriel einen Gesetzesvorschlag zur Gasgewinnung durch Fracking (Hydraulic Fracturing) einreichen.

Beim Fracking werden Chemikalien zusammen mit großen Mengen Wasser unter hohem Druck tief unter die Erde gepumpt. Dort brechen sie die Gesteinsschichten auf, die das Schiefergas enthalten. Anschließend wird das Gas ebenso wie der Chemiecocktail wieder an die Oberfläche gepumpt. Allein schon die Erkundung von Schiefergasvorkommen ist für das Grundwasser und für Wasserschutzgebiete mit erheblichen Risiken verbunden, betont ver.di. Deshalb wird Andreas Scheidt, Fachbereichsleiter Ver- und Entsorgung, im November dem BSA über den neuesten Stand berichten.

## Bericht aus dem Bundesseniorenausschuss (BSA)

## Senioreninfo 25

## Seite 2

## Rentenpaket



Judith Kerschbaumer, Bereichsleiterin Sozialpolitik, zeigte die Eckpunkte des Rentenpakets auf. Sie

betonte, dass das Rentenpaket in die richtige Richtung weise, aber nur Wenige wirklich davon profitierten. Und bis zum Jahrgang 1963 wird das abschlagsfreie Rentenalter in Zwei-Monats-Schritten angehoben, so dass Spätergeborene dann wieder erst mit 65 abschlagsfrei in Rente gehen können.

Wurde in der Vergangenheit die **Erwerbsminderungsrente** bei 60 Jahren angesetzt, sei sie nunmehr auf 62 Jahre Zurechnungszeit festgelegt worden. Das reiche dennoch nicht, von Altersarmut verschont zu werden. Die **Mütterrente** ist hinreichend diskutiert und beschrieben worden, aber was gar nicht geht, ist, dass die Rentenkassen dafür geplündert werden. Auch die BSA-Mitglieder sind der einhelligen Meinung, dass die Mütterrente eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, von allen getragen werden muss und damit aus Steuermitteln finanziert werden müsse.

So erforderlich und zwingend die Erhöhung des **Reha-Budgets** sei, so sei es ebenso absehbar, dass sie nachhaltig nicht ausreicht.

## Plünderung der Sozialkassen

Darüber sprach Axel Schmidt, Referent im Ressort Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, und schilderte die zukünftige Situation der Krankenversicherungen. Denn es sei absehbar, dass die Überschüsse, die angesammelt wurden, bald aufgebraucht sein werden. Da der Finanzminister den Zuschuss, der eigens für versicherungsfremde Leistungen gedacht ist, gekürzt hat, bedeutet dies Beitragserhöhungen. Zu den versicherungsfremden Leistun-

gen gehören die kostenlose Mitversicherung von Familienangehörigen, das Mutterschaftsgeld und das Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes. Also Aufgaben, die gesamtgesellschaftlich getragen werden müssten. Nicht genug, dass damit die Beitragssätze in absehbarer Zeit erhöht werden müssen, dürfen die ArbeitnehmerInnen die Mehrbelastungen alleine schultern. Der Arbeitgeberbeitrag ist bei 7,3 Prozent eingefroren.

## Miteinander: ver.di-Senioren und -Jugend

Der BSA ist in ständigem Kontakt mit der ver.di-Jugend und Lydia Drenckhahn-Dempewolf, stellvertretende BSA-Vorsitzende, nimmt regelmäßig an deren Sitzungen teil. Und auf dieser war André Zeitler, Vorstandsmittglied im Bundesjugend-anwesend. Er informierte darüber, dass die Jugend eine Resolution zur Rentendebatte erarbeitet habe, die sie auf der Bundesjugendkonferenz einbringen will. Im Moment sei sie noch in der Abstimmungsphase. Nach Abschluss werde er sie dem BSA zukommen lassen. Denn der BSA möchte sich gern anschließen, weil es sein zutiefst empfundenen Anliegen ist zu verdeutlichen, dass das Umlagen finanzierte Solidaritätsprinzip in der Rentenversicherung erhalten bleibt und gesichert ist. Damit die Jugend von heute auch als Rentner von morgen auskömmliche Altersbezüge erhält und somit in Würde und ohne Altersarmut leben kann.



## Organisationswahlen

Bundesweit fanden auf allen Ebenen Seniorenkonferenzen statt, auf denen auch die Delegierten zur Bundesseniorenkonferenz gewählt wurden.

**Anmeldeschluss** für die Delegierten zur Bundesseniorenkonferenz sowie Antragschluss ist der **02.02.2015**.

Die Bundesseniorenkonferenz findet vom **13. und 14. April 2015** in der ver.di-Bundesverwaltung Berlin statt.